

01/2005

»der freie Wähler«

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Postvertriebsstück Nr. B 8837 F



EHRENAMTLICHE JOB-INITIATIVE „SOZIAL DENKEN - MENSCHEN HELFEN“
KÄMPFT GEGEN LEHRSTELLENMANGEL UND ARBEITSLOSIGKEIT

„Wir haben wunderbare Jugendliche. Man muss sie nur verstehen“

Von Michael Fischl, FW-Landesgeschäftsführer

FW-Gemeinderätin Gertie Fiedler aus Gilching ist für Schulabgänger zur wichtigen Anlaufstelle auf der Suche nach der richtigen Lehrstelle geworden

Hätte der Entertainer Udo Jürgens die FW-Gemeinderätin Gertie Fiedler, 66, aus Gilching (Landkreis Starnberg) gekannt, dann hätte er sie sicher als Vorbild für seine Loblied an die Älteren „Mit 66 Jahren“ genommen. Gertie Fiedler war sowohl beruflich als auch ehrenamtlich immer quirlig und aktiv. Über 20 Jahre lang war sie Inhaberin einer Modeboutique in der 18.000 Einwohner zählenden Gemeinde Gilching. Zehn Jahre stand sie dem Bund der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband in ihrer Heimatgemeinde vor, ebenfalls zehn Jahre übte sie im Ehrenamt den Vorsitz im Bund der Selbständigen Oberbayern-West aus, dessen Ehrenvorsitzende sie ist, seit sie im vorigen Jahr die Führung in jüngere Hände gelegt hat.

Der Rückzug aus dem Berufsleben und das Ausscheiden aus den Ehrenämtern bedeuten aber nicht, dass Gertie Fiedler es nun ruhiger angehen lassen oder sich gar aufs Altenteil zurückziehen würde. Im Gegenteil: Die Leiterin des örtlichen Agenda 21-Arbeitskreises „Arbeit und Wirtschaft“, die seit 1996 für die Freien Wähler im Gemeinderat sitzt, hat sich innerhalb eines knappen Jahres zur ebenso unbürokratischen wie erfolgreichen Job-Vermittlerin für den ganzen Landkreis Starnberg entwickelt.

Im Juni 2004 wurde sie erstmals von Gilchinger Eltern angesprochen, deren Kinder drei Monate vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch ohne Lehrvertrag auf der Straße standen. Schnell fand sie heraus, dass 14 Hauptschulabgänger aus ihrer Gemeinde noch auf der Suche nach dem Einstieg ins Berufsleben waren. Flugs rief sie die Job-Initiative „Sozial denken - Menschen helfen“



In der Öffentlichkeit kennt man Gertie Fiedler nur als die „Dame mit dem Hut“. Aus über 60 Modellen kann die ehemalige Besitzerin einer Modeboutique dabei wählen.

ins Leben. Ihr rasches Handeln erklärt sie so: „Ich habe immer die hohen Herren im Fernsehen gesehen, die stets sagen, was man alles machen müsste, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Da hab ich mir dann gedacht, gut, jetzt muss ich selbst was machen.“ Gilchings Bürgermeister Thomas Reich (FW) stellte ihr ein kleines Büro zur Verfügung, in der sie seither regelmäßig Sprechstunden für Arbeitsuchende abhält. Sie besuchte Handwerks- und Gewerbebetriebe in ihrem Landkreis und schrieb weitere Firmen an. Die örtliche Presse machte auf ihre Aktivitäten aufmerksam. Ihrem Aufruf nach Mitarbeit folgten u.a. die Hausfrau Lili Oehler, die sich seither um das Sekretariat kümmert.

Ein kurzer Anruf genügt

Frau Fiedlers Aktion wurde nicht nur von den Jugendlichen begeistert aufgenommen. Auch viele Firmen freuten sich über die auf Privatinitiative beruhende schnelle Unterstützung. Fiedler: „Die Betriebe finden es gut, wenn sie mich nur kurz anrufen und fragen müssen, ob ich jemanden mit einer bestimmten Qualifikation kenne. Die Agentur für Ar-

beit kennt ihre Kunden natürlich nicht so gut wie ich meine Bewerber. Deshalb passen bei den von mir geschickten Arbeitssuchenden die Qualifikation und das Anforderungsprofil der Firmen oft besser zusammen.“

Bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2004 gelang es Gertie Fiedler, allen 14 Hauptschulbewerbern aus Gilching die gewünschte Lehrstelle zu vermitteln. Dabei geht es Frau Fiedler darum, nicht irgendeine, sondern die richtige, zum Jugendlichen passende Lehrstelle zu finden. Fiedler: „Was nützt es, wenn ich eine Lehrstelle suche, die nicht den Begabungen und Interessen der jungen Leute entspricht? Erst will ich genau wissen, für welche Lehrstellen die Bewerber besonders geeignet sind, dann mache ich mich auf die Suche nach der richtigen Firma.“ Ihre langjährigen Kontakte, die sie durch ihre Tätigkeit als Gewerbeverbandsvorsitzende zu Firmen, aber auch zu Verbänden, der Verwaltung und der Politik knüpfen konnte, kamen ihr dabei wesentlich zu Gute.

Unterstützung durch die Europäische Union

Seit Juni letzten Jahres ist die Job-Initiative „Sozial denken - Menschen helfen“ immer professioneller geworden. Längst wurden weit über 100 Firmen aus Starnberg und den umliegenden Landkreisen angeschrieben, um mittels eines selbst entworfenen Fragebogens zu erfassen, ob und in welchen Bereichen ausgebildet wird, welche Voraussetzungen von Bewerbern erwartet werden und ob sich Jugendliche durch eine „Schnupperlehre“ mit dem möglichen neuen Arbeitsfeld vertraut machen können. Gertie Fiedler registriert zufrieden, dass ihr die meisten der kontaktierten Firmen Antwort gegeben haben. Viele Betriebe hat sie auch selbst besucht, um für ihre Initiative zu werben. Die Industrie- und Handelskam-

mer sowie die Handwerkskammer Oberbayern melden ihr inzwischen von sich aus freie Lehrstellen, ebenso viele der kontaktierten Firmen. Die Regierung von Oberbayern und die Europäische Union fördern seit Beginn des Jahres 2005 ihre Initiative. Diese Unterstützung ermöglicht es, dass nun ein Sozialpädagoge ein intensives Bewerbungstraining mit den Jugendlichen abhalten kann.

Alle Hilfesuchenden müssen einen Fragebogen ausfüllen sowie ihre Zeugnisse vorlegen, wenn sie sich an Frau Fiedler und ihre Mitarbeiter wenden. Die Zeugnisse vermitteln den Mitstreitern der Job-Initiative einen ersten Eindruck von den Bewerbern und ihren Fähigkeiten. Anschließend sind ein oder zwei Gespräche notwendig, um zu klären, welcher Beruf für den einzelnen Lehrstellensuchenden in Frage kommt. Fiedler: „Diese Orientierungsgespräche sind entscheidend. Gerade bei Jugendlichen stelle ich oft fest, dass sie keinerlei Vorstellungen haben, welche Ausbildungsberufe es gibt und was für sie konkret in Frage kommt. Hier müssten die Schulen und auch die Agentur für Arbeit viel mehr Aufklärung und Unterstützung geben. Durch die Berufsinformationszentren werden ganze Schulklassen durchgelotst. Das ist für die Jugendlichen kaum mehr als ein Schulausflug. Ansonsten werden sie aber viel zu viel allein gelassen.“

Eltern haben oft zu hochtrabende Vorstellungen

In den Orientierungsgesprächen leitet Gertie Fiedler die Jugendlichen zu den geeigneten Ausbildungsberufen. Sie nimmt sich die Zeit, die Vorlieben der Bewerber zu ergründen, ihren Begabungen auf die Spur zu kommen und ihnen auch einzelne Ausbildungsfelder zu erklären. Fiedler: „Die Gespräche zeigen mir, ob jemand z.B. gerne am Computer arbeitet oder ob er auch Spaß daran hat, an den Geräten herumzubasteln. Ich erfahre, wie wichtig der unmittelbare Kontakt mit Menschen ist und wie es mit dem handwerklichen Geschick ausschaut. Wenn wir die wesentlichen Neigungen und Talente herausgearbeitet haben, können wir daran gehen, nach dem richtigen Ausbildungsberuf zu suchen und zu schauen, ob sich eine freie Lehrstelle finden lässt.“ Großes psychologisches Geschick ist nicht nur gegenüber den Jugendlichen, sondern auch gegenüber den Eltern erforderlich. Fiedler: „Ich muss regelmäßig geradezu als Schlichterin zwischen den Eltern und den Kindern auftreten. Leider haben die Eltern häufig viel zu hochtrabende Vorstellungen von der beruflichen Zukunft ihrer Kinder. Die Erwartungen der Eltern stim-



Mit ihrer Initiative „Sozial denken - Menschen helfen“ hat Gertie Fiedler im vergangenen Jahr vielen Jugendlichen geholfen, einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben zu finden. Die Ehrenvorsitzende des Gewerbeverbands Oberbayern verfügt zur Zeit über einen Pool von 250 offenen Lehrstellen, in die sie Jugendliche aus dem Landkreis Starnberg, umliegenden Kreisen und der Landeshauptstadt München, die ihre Hilfe suchen, vermittelt.

men dann nicht mit der Qualifikation der Jugendlichen überein, die so nur unter Druck gesetzt werden.“

Mit den Orientierungsgesprächen ist die Betreuung der Arbeitsuchenden durch die Initiative „Sozial denken - Menschen helfen“ noch lange nicht beendet. Im Bewerbungstraining eignen sich die Jugendlichen die entscheidenden Fähigkeiten an, um sich erfolgreich zu bewerben. Fiedler: „Wir zeigen den Jugendlichen, wie man eine aussagekräftige schriftliche Bewerbung erstellt. In Rollenspielen machen wir sie mit der Situation des Vorstellungsgesprächs vertraut. Wir achten auf die richtige Begrüßung und helfen den Bewerbern, im Vorstellungsgespräch die eigenen Fähigkeiten überzeugend darzustellen.“ Praktische Hilfestellungen und Selbstvertrauen - das wollen die Mitarbeiter der Initiative den jungen Menschen vermitteln.

„Ich fühle ich mich verpflichtet, etwas für meine Mitbürger zu unternehmen“

Frau Fiedler freut sich, dass die Bewerbungen ihrer Schützlinge häufig zum Erfolg führen. Bei besonders schwierigen Fällen wird sie aber auch selbst nochmals aktiv und sucht das Gespräch mit potentiellen Lehrherren. Mitunter muss sie die Bewerber auch im wahrsten Sinne des Wortes an die Hand nehmen: „Es kommt vor, dass Jugendliche große Angst haben, zu einem Vorstellungsgespräch zu gehen. Dann sage ich halt: Ach, mit dem Herrn Sowieso in dieser Firma will ich ohnehin schon lange mal einen Kaffee trinken. Gehen wir doch zusammen, dann kann ich meinen Besuch machen und du kannst dich vorstellen“.

Gertie Fiedler ist nicht nur mit ihren Bewerbern unterwegs, sie nutzt auch jede Gelegenheit, um mit Schulen, Betrieben, der Agentur für Arbeit, Verbänden, Verwaltung und Politi-

kern ins Gespräch zu kommen. Für sie steht fest: „Ich bin zur Gemeinderätin gewählt worden. Deshalb fühle ich mich auch verpflichtet, etwas für meine Mitbürger zu unternehmen. Wenn ich z.B. eine Einladung bekomme, dann versuche ich selbstverständlich, diese auch wahr zu nehmen.“ Intensiviert hat sie inzwischen vor allem auch die Kontakte zu den Schulen in ihrer Umgebung. Der größte Teil der Arbeitsuchenden kommt von den Hauptschulen. Aber auch Realschulabgänger und Abiturienten gehören längst zu ihrer Klientel. Doch nicht nur Schulabgänger suchen bei ihr Rat.

Fiedler: „Der älteste Lehrstellensuchende, der zu mir kam, war 37. Viele sind auch zwischen 20 und 25 Jahre alt.“ Beeindruckt ist sie immer wieder von der hohen Motivation, die die Kinder ausländischer Mitbürger zeigen. Wohl auch deshalb entspricht ihre Erfolgsquote bei der Vermittlung ausländischer Kinder der deutschen Jugendlichen.

Keine Konkurrenz zum Arbeitsamt

Um die Bewerber und die Firmen zusammenzubringen, hat sie auch eine kleine Messe in der Gilchinger Hauptschule organisiert. Vertreter der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer, aber auch die AOK und einzelne ausbildende Unternehmen konnten dort mit den Schülern unmittelbar in Kontakt treten. Als Konkurrenz zur Agentur für Arbeit sieht sie sich nicht. Sie betont vielmehr die gute Zusammenarbeit und die Hilfe, die sie vor allem in rechtlichen Fragen immer wieder in Anspruch nehmen kann. Sie weiß auch um die Überforderung der Betreuer im Arbeitsamt. Fiedler: „Die sagen ja selbst zu mir, dass sie viel zu wenig zum Vermitteln kommen. Hin und wieder kommt es sogar vor, dass sie Arbeitssuchende zu mir schicken. In der Außenstelle Starnberg des Arbeitsamts muss man oft vier bis sechs Wochen auf einen Termin warten. Ich bin immer ansprechbar.“ 250 freie Lehrstellen sind zur Zeit bei der Initiative gemeldet - eine gute Basis, um jungen Menschen beim Start in die berufliche Zukunft zu helfen.

Wichtig findet es Frau Fiedler, dass sich die Freien Wähler nun intensiv des Familienthemas annehmen. Sie fordert die FW-Orts- und Kreisverbände auf, ähnliche Initiativen ins Leben zu rufen: „Jungen Menschen zu Arbeit zu verhelfen, bedeutet auch, die Zukunft unserer eigenen Gemeinden zu stärken.“

Das muss für uns Freie Wähler eine zentrale Aufgabe sein.“ Natürlich bietet sie auch hier ihre Hilfe an: Wer von Ihrem Know-how profitieren möchte, kann jederzeit mit ihr Kontakt aufnehmen.

Kein Wunder, dass Gertie Fiedler immer noch regelmäßigen Kontakt zu den Jugendlichen hat, denen sie zu einer Lehrstelle verholfen hat. Hin und wieder bekommt sie eine kleine Aufmerksamkeit in Form einer Tafel Schokolade oder von Pralinen. Am meisten aber freut sie sich, wenn ihr die Jugendlichen sagen: „Ach Frau Fiedler, so eine Oma wie sie würde ich mir auch wünschen!“

Kontaktadresse:

Gertie Fiedler, Talhofstraße 24 b,
82205 Gilching,
Telefon: 0 81 05 - 46 30, Email:
gertiefiedler@compuserve.de



Freie Wähler Rottenburg feierten 20-jähriges Bestehen

Die Freien Wähler Rottenburg haben ihr 20-jähriges Gründungsjubiläum gefeiert. Der heutige Ehrenvorsitzende Manfred Gößwald hatte den Ortsverband als einen der ersten im Landkreis Landshut aus der Taufe gehoben. Heute stellen die Rottenburger Freien Wähler mit Hans Weinzierl (auch FW-Bezirksrat) den ersten und mit Franz Pritsch den dritten Bürgermeister, außerdem 7 der 20 Stadträte. Ortsvorsitzender Hubert Aiwanger würdigte die Verdienste der „Gründungsmannschaft“ um das politische Gemeinwesen.

Auf dem Bild von links nach rechts: Stellv. Landrat Johann Leopold (FW), Bürgermeister Hans Weinzierl, stellv. Ortsvorsitzender Josef Hirsch, Ortsvorsitzender Hubert Aiwanger, Gründungsmitglied Anton Riedl, stellvertretende Ortsvorsitzende Rosa Lummer, die Gründungsmitglieder Franz Pritsch, Josef Abelthausner, Willi Härtl, Adolf Forstner, Sebastian Schlemmer, Jakob Kaiser, Ehrenvorsitzender Manfred Gößwald, Gründungsmitglieder Sebastian Pichlmeier und Helmut Zellner.

ARBEITSAGENTUR SCHLIESST EINGLIEDERUNGSVEREINBARUNGEN
MIT ARBEITSLOSEN JUGENDLICHEN

Sieben Milliarden Euro Fördermittel stehen für 2005 bereit

Ein ehrgeiziges Ziel hat sich auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) gesteckt: Innerhalb von drei Monaten soll jeder Arbeitslose unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz bekommen, in seinen Beruf zurückfinden oder zumindest an einer Weiterbildung teilnehmen. Zu diesem Zweck will die BA mit jedem Jugendlichen eine Eingliederungsvereinbarung treffen, in der die notwendigen Schritte zur Integration in die Arbeitswelt genau festgelegt werden.

Fast 680.000 junge Leute unter 25 Jahren sind derzeit in Deutschland arbeitslos. Fast jeder zweite von ihnen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese Jugendlichen haben es besonders schwer, den Schritt ins Berufsleben erfolgreich zu vollziehen. Um diese jungen Menschen in die Arbeitswelt einzugliedern, stehen der Arbeitsagentur für dieses Jahr sieben Mil-

liarden Euro zur Verfügung - keine andere Gruppe wird durch die BA in ähnlichem Umfang gefördert. Zur besonderen Förderung gehört auch die im Zuge von Hartz IV vollzogene Umstellung des Betreuungsschlüssels für Arbeitslose unter 25 Jahren. Während bisher ein Betreuer für bis zu 800 Arbeitslose zuständig war, sollen die BA-Vermittler sich nun auf nur noch 75 arbeitssuchende Jugendliche konzentrieren können.

Die Jungen werden von der BA aber nicht nur gefördert. Sie sollen auch entsprechend gefordert werden. Die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit kann zur dreimonatigen Streichung des Arbeitslosengeldes II führen. Auf diese Weise sind im ersten Quartal dieses Jahres 30.000 kooperationsunwillige Jugendliche aus der Statistik gefallen.

Jahreshauptversammlung des Bildungswerkes in Ingolstadt

Im Hotel Anker in Ingolstadt, nur wenige Meter von der Gründungsstätte des Bildungswerkes für Kommunalpolitik entfernt, konnte der BKB-Vorsitzende Volker Heiduk die Mitglieder des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern.e.V. am Samstag, den 19.2.2005, begrüßen. In einem kurzen Abriss gab er eine Übersicht über die Arbeit des Bildungswerkes und bedankte sich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes, der Bildungsleitung und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Besonders wurde die immense Aufbauarbeit der Homepage durch Michael Schmitz hervorgehoben. Durch Statistiken belegte er die sehr hohe Zahl an Internetzugriffen auf dieses Informationsmedium. In zwei Regierungsbezirken ist das BKB aufgrund der vorhandenen Email-Adressen schon in der Lage, die Seminare papierlos, d.h. auf elektronischem Wege, zu laden. Auch die weiteren fünf Regierungsbezirke sollen baldmöglichst nachziehen. Neben der Kostenersparnis, die voll der Bildungsarbeit zugute kommt, ist auch die Geschwindigkeit bei der Ladung und Informationsübermittlung ein entscheidender Aspekt.

Bildungsleiterin Waltraut Wellenhofer verwies in ihrem Rechenschaftsbericht auf die

schwierigen Beratungen bei der Erstellung des Haushalts. Aufgrund der Mittelkürzungen des Bayerischen Innenministeriums mussten Lösungswege gefunden werden, damit die Bildungsarbeit nicht unter den geringeren Finanzen leidet. Neben der Arbeit für die Zeitschrift „Der Freie Wähler“ wurde über die Zusammenarbeit in den Bezirken, die halbjährlichen Seminarkalender sowie über die Dienstbesprechung mit den Bildungsbeauftragten und den Fachreferenten berichtet. An Hand von Statistiken über die Seminare in den einzelnen Regierungsbezirken wurde die Erfüllung des Bildungsauftrages umfassend belegt und von der Versammlung voll bestätigt. Somit war die Entlastung des gesamten Vorstandes nur mehr Formsache.

Die Neuwahl, durchgeführt von Rupert Faltermeier, bestätigte alle Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern. Der alte und neue Vorsitzende Volker Heiduk wünschte sich auch für die Zukunft eine gute und harmonische Zusammenarbeit und eine erfolgreiche Bildungsarbeit, um die satzungsgemäßen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen und das notwendige kommunale Wissen an möglichst breite Kreise der Bevölkerung übermitteln zu können.

Hubert Aiwanger neuer FW-Bezirkvorsitzender von Niederbayern



Der 34 Jahre alte Agraringenieur (FH) und aktive Landwirt Hubert Aiwanger wurde zum neuen FW-Bezirkvorsitzenden von Niederbayern gewählt. Aiwanger, der auch Ortsvorsitzender von Rottenburg und Kreisvorsitzender des Landkreises Landshut ist, will vor allem die Organisation der FW in Niederbayern stärken.

Anfang April fand erstmals ein niederbayernweites FW-Bürgermeistertreffen statt. Aiwanger sorgte auch dafür, dass die Freien Wähler heuer am 5. September erstmals am

politischen „Gillamoos“ in Abensberg teilnehmen. Die Gründung von politischen Arbeitskreisen auf Bezirksebene (Wirtschaft, Landwirtschaft, Innere Sicherheit, Gesundheit, Bildung) ist ein weiteres Ziel des neuen Bezirksvorsitzenden.

Zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde Geiselhörings Erster Bürgermeister Franz Xaver Stierstorfer gewählt. Der bisherige Bezirksvorsitzende Josef Egger, Erster Bürgermeister aus Mainburg, war nicht mehr angetreten.

Kommunen müssen die Folgen aus dem Bevölkerungsrückgang schonungslos thematisieren

Freie Wähler Miltenberg diskutieren über die Auswirkungen des demographischen Wandels

Mit einem Vortrag des zuständigen Referatsleiters beim Bayerischen Gemeindetag, Gerhard Dix, haben die Freien Wähler im Landkreis Miltenberg die Diskussion des Themas „Folgen des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis Miltenberg“ in Angriff genommen.

Auch wenn für Bayern die demographische Entwicklung im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger schlimm skizziert wird, so werden sich auch Bayerns Kommunen in der Zukunft auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen müssen. So werden aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs die kommunalen Einnahmen zurückgehen, die Ausgaben dagegen steigen, was sich erheblich auf Gebühren, Beiträge oder Eintrittsgelder auswirken wird. Auch die Infrastruktur muss dem Wandel angepasst werden. Kindergärten werden in 15, 20 Jahren oft leer stehen, während für die alternde Bevölkerung zusätzliche Einrichtungen benötigt werden. Bis 2020 sei bei den Kindern unter sechs Jahren ein Rück-

gang von mehr als elf Prozent zu erwarten, so Dix.

Sein Ratschlag an die kommunalen Mandatsträger lautete: Es muss eine schonungslose Ist-Analyse durchgeführt werden, auf deren Grundlage detaillierte Prognosen und konkrete Zielvorgaben für die Gemeinden zu erstellen sind. Eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden sei unabdingbar. Auch die Bürger müssten frühzeitig einbezogen werden. Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement seien ebenso notwendig wie die Integration ausländischer Mitbürger.

Mandatsträger aus Miltenberg bestätigten die Ausführungen von Dix. Die Freien Wähler waren sich einig, in Zukunft noch intensiver die Folgen des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs zu thematisieren. Bürgermeister Edwin Lieb aus Mömlingen bot einen praktischen Lösungsvorschlag an, der zum Schmunzeln Anlass gab: „Wir müssen uns Stromausfälle wünschen, damit die Menschen wieder näher zusammenrücken. Dann steigen vielleicht auch wieder die Geburtenzahlen!“

Junge Freie Wähler starten Aktion „1.000.000 Unterschriften gegen den Kahlschlag in der bayerischen Bildungspolitik“

Eine Unterschriftenaktion gegen den Kahlschlag in der bayerischen Bildungspolitik starten die Jungen Freien Wähler Bayern (JFW). Egal ob Kürzungen bei den Hochschulen, die Einführung von Studiengebühren oder die Schließung von Haupt- und Grundschulen, nach Ansicht der JFW dient die bayerische Bildungspolitik nicht mehr dem Wohl der Kinder und Jugendlichen, sondern schadet der Qualität der Bildung in unserem Freistaat. Die JFW bitten Sie, mit Ihrer Unterschrift ein Zeichen zu setzen, dass Bildung das letzte ist, an dem man sparen kann.

Unterschriftenlisten können von der Website der JFW (www.junge-freie-waehler.de) heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle der JFW (Zieblandstraße 3, 80799 München) angefordert werden.

Von der Fastenkur zum Kollaps

Von Volker Heiduk, BKB-Vorsitzender

Die Klagen der kommunalen Spitzenverbände gehören längst zur Tagesordnung. Die finanziellen Nöte der Kommunen werden zwar diskutiert, Schuldzuweisungen sind schnell zur Hand, nachhaltig gelöst werden die Probleme aber nicht. Es ist noch gar nicht so lang her, da hat der oberste Kassenwart der Republik das alles als Zweckpessimismus und als Schwarzmalerei abgetan. In den Ländern, bei denen das Wohl der Kommunen schon aus eigenem Interesse auf der Agenda an oberster Stelle stehen müsste, werden eigene Nöte vorgeschoben. Die derzeitigen Daten der vom statistischen Bundesamt vorgelegten Jahresergebnisse der öffentlichen Finanzen für das Jahr 2004 bestätigen eine unverändert prekäre Lage der öffentlichen Haushalte. Trotz der erfreulichen Erhöhung der Gewerbesteueraufkommen um insgesamt 4,8 Milliarden Euro (nach Absenkung der fatalen Umlagenerhöhung durch den Bundesfinanzminister) lässt eine Trendwende bei den Kommunalfinanzen weiter auf sich warten. Abzuwarten bleibt, ob es sich hier um eine Eintagsfliege oder einen Trend handelt.

Gleichzeitig nimmt die Einkommenssteuer ab und zwar um etwa 1,38 Milliarden Euro. Von den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer profitieren in der Regel nur wenige Kommunen, insbesondere große Städte. Die Mehrheit der Kommunen ist auf den Anteil der Einkommenssteuer angewiesen, der sich von 2003 auf 2004 um 1,2 Milliarden Euro reduziert hat. Zum gleichen Zeitpunkt sind allerdings die Ausgaben für soziale Leistungen im Jahr 2004 innerhalb von vier Jahren um rund 6 Mio. Euro (ca. 25 Prozent) auf insgesamt 32 Milliarden Euro angestiegen. Es hat sich zudem in den letzten Jahren eine strukturelle Verschiebung bei der Finanzausstattung der Kommunen im Verhältnis zu Bund und Ländern ergeben. Das ist besonders gut bei der Entwicklung des gemeindlichen Anteils am Gesamtsteueraufkommen abzulesen.

Von den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer profitieren nur wenige große Städte

Im Durchschnitt lag der gemeindliche Anteil am Steueraufkommen seit der letzten Gemeindefinanzreform 1973 bis zur Deutschen Einheit bei 14,3 Prozent. Seither nahm er stetig ab, bis im Jahre 2003 die 12 Prozent-Grenze unterschritten war. Bei einem 2004 festgestellten kommunalen Finanzierungsdefizit von 8,5 Milliarden Euro wird jeder verstehen, dass es hier nicht um Zweckpessimismus oder Schwarzmalerei geht. Da-

hinter steht im vergangenen Jahr ein Anstieg für soziale Leistungen um rund sieben Prozent und 2003 ein Anstieg von 6,8 Prozent. Damit verbunden war natürlich ein Anstieg der Kassenkredite im ersten Halbjahr 2004 auf 18,6 Milliarden Euro und ein massiver Rückgang bei den kommunalen Investitionen von minus neun Prozent. Dieser Trend ist ungebrochen. Gerade an den Kassenkrediten ist abzulesen, dass die laufenden Kosten vielerorts kaum noch finanzierbar sind.

Angesichts solcher Entwicklungen beklagen Kämmerer ebenso wie Kommunalpolitiker die allgemeine Wirtschaftslage und die einbrechenden Steuereinnahmen. Eine deprimierende Rekordarbeitslosigkeit, verbunden mit einem dramatischen Einbruch des Binnenkonsums, stellen die Wirtschaftspolitiker vor scheinbar unlösbare Aufgaben.

Großunternehmen streichen Rekordgewinne ein, schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze

Die Weltwirtschaft wächst so schnell wie seit fast 30 Jahren nicht mehr. Die deutschen Exporte steigen stärker als in allen anderen großen Industrieländern. Die hiesigen Großunternehmen verdienen glänzend. Allein im Jahr 2005 werden die Gewinne der deutschen Kapitalgesellschaften nach einer Schätzung des Leiters der Volkswirtschaft bei der Deutschen Bank um 22 Prozent zulegen. Aber die Unternehmen stellen trotzdem keine Leute ein. Anders als früher nutzen aber die Unternehmen ihre Gewinne nicht, um zu investieren, neue Fabriken zu bauen oder Maschinen zu kaufen. Fachleute nennen es das Gewinnrätsel. Hinter diesem ungewöhnlichen Phänomen verbirgt sich eine Mischung aus Angst und ökonomischen Kalkül, das Platzen der Börsenblase, die Anschläge vom 11. September, der Bilanzskandal um Enron, der Irakkrieg oder der Anstieg des Ölpreises. Jetzt regiert die Vorsicht, zumal Bilanzen sich auch anders verbessern lassen. Die Wirtschaftspolitik sowohl im Bund als auch den Ländern reagiert aber orientierungslos und ohne ein klares Konzept.

Nach Abzug der Preissteigerungen erzielte die Eurozone ohne Deutschland in den vergangenen 14 Jahren 2,2 Prozent reales Wachstum, die Vereinigten Staaten 3,6 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland dagegen gerade mal 1,3 Prozent pro Jahr. Die öffentlichen Investitionen in den USA wuchsen jährlich um 2,9 Prozent, in der Eurozone um 1,3 Prozent. In Deutschland sanken sie im Schnitt jährlich um 2,9 Prozent und das 14 Jahre lang,

also insgesamt um 40,6 Prozent. Ende des Jahres gehen wir auf 50 Prozent zu.

Seit jeher ist die öffentliche Hand der größte Investor der Bundesrepublik. Wer wundert sich da noch über Umsatzeinbrüche und Insolvenzen beim Einzelhandel und anderen vom Binnenmarkt abhängigen Betrieben wie der Bauwirtschaft, den Handwerkern, den Gastwirten. Ursächlich für dieses Desaster ist auch die tiefe Depression, die sich vor allem in Kreisen des Mittelstandes und der Arbeitnehmer zunehmend ausbreitet, aber auch ein völlig konfuser volkswirtschaftlicher Kurs der Politik in Bund und Ländern. So streiten bei uns der Sachverständigenrat untereinander, Regierung und Opposition gegeneinander und die volkswirtschaftlichen Ideologen verbeißen sich ineinander. Sie führen unüberbrückbare Fundamentaldebatten mit nahezu religiösem Eifer. So blockieren sich alle gegenseitig. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass andere Länder wie die USA, Österreich oder Schweden eigentlich nur das praktizieren, was eine pragmatische, alle möglichen Instrumente nutzende Wirtschaftspolitik ohne Scheuklappen ausmacht. Folglich haben sie sich eine wirre und ideologisierte öffentliche Debatte erspart und wirtschaftliche Erfolge, Wachstum und Arbeitsplätze produziert.

Sanierung der öffentlichen Finanzen auf „bayerisch“

Volkswirtschaftlich betrachtet produziert die ehrenwerte Sparabsicht von Eichel, Stoiber und Co. nicht gleich Sparerfolg. Anders als ein einzelner Privatmann sparen die Finanzminister trotz aller guten Absichten nicht, wenn sie in einer wirtschaftlichen Krise zu sparen versuchen. Sie nehmen dadurch weniger Steuern ein und müssen noch mehr Zuschüsse an soziale Sicherungssysteme zahlen. Deshalb sind auch jetzt wieder aufgelebte Sprüche, wonach die Bundesregierung im Hinblick auf Maastricht den Konsolidierungskurs aufgeben, blanker Unsinn.

Der eiserne Sparwille der Bayerischen Staatsregierung, die 2006 mit der Neuverschuldung des Staatshaushalts Schluss machen will, zeigt ähnliche Folgen. Richtig ist, dass sich aus den Zeiten des Überflusses und des scheinbar ewig sprudelnden Wachstums in vielen Bereichen Fettpolster gebildet haben, die heute eine Fastenkur vertretbar machen. Viele Kommunen außerhalb der industriellen Speckgürtel spüren dies schon seit Jahren. Heute aber ist das Ergebnis eindeutig und ungerecht. Im gleichen Maße wie der

Freistaat Bayern seine Schulden abgebaut hat, wurden sie auf die Kommunen in nahezu identischer Höhe verlagert. Das nennt man dann Sanierung der öffentlichen Finanzen auf „bayerisch“. Die Kommunen als letztes Glied der Kette können aber solche Lasten nicht nach unten weiterreichen. Viele Gemeinden stehen vor dem finanziellen Kollaps. Es ist schon bedenklich, wenn viele Kämmerer trotz aller Akrobatik, trotz Substanzverzehr nicht einmal mehr die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt ausweisen können. Für viele ist seit Jahren die freie Finanzspanne schon zum Fremdwort geworden.

Seit Jahren steigt das Klima der Depression von unten nach oben und hat längst die ganze Republik erfasst. Folgerichtig stellt der amerikanische Nationalökonom und Nobelpreisträger Robert Solow über Deutschland fest, dass die sogenannte Makro-Wirtschaftspolitik zwar niemand perfekt beherrsche. Ihm scheine aber, dass man sie in Deutschland wesentlich besser machen könnte. Der Chefökonom der US-Investmentfirma Goldman Sachs und Nationalökonom aus vielen Ländern haben dies nachhaltig bestätigt.

Die unzureichende Mittelausstattung der Kommunen führt zu einem zunehmenden Verfall der Infrastruktur

Was sich seit Jahren unmittelbar vor der Haustür der Wähler in ihrem unmittelbaren Lebensbereich, also ihren Heimatgemeinden abspielt, gerät nach und nach zum Trauerspiel. Sehenden Auges müssen sie verfolgen, wie durch Finanzknappheit und die unzureichende Mittelausstattung dank eines manchmal kaum zu begreifenden Finanzsystems ihre Infrastruktur verkommt. Die ureigenste Aufgabe der Gemeinden, die Daseinsvorsorge für ihre Bürger zu betreiben, ist zu einem Lippenbekenntnis verkommen. Die Straßen verkommen und zerbröckeln, wichtige Instandsetzungen sind kaum noch möglich, es regiert die Notreparatur. Das gleiche gilt für Abwasseranlagen, für Bäder, Museen, die Arbeit der Volkshochschulen und vieles andere mehr. Stattdessen werden in Bund und Land Projekte diskutiert, die die Vorstellungskraft der Bürger übersteigen (wie z.B. der Transrapid), und deren Zweckmäßigkeit oder gar Notwendigkeit sich schon am Nein der betroffenen Großstadt München abarbeitet. Die fatale

Konsequenz dieser Widersprüchlichkeiten und des Zerfalls der kommunalen Infrastrukturen sind mit einige der wesentlichen Quellen, aus denen sich die Verdrossenheit über die Politik speist. Die Kommunen, die über Kreis- und Bezirskumlagen immer fleißig mit zur Kasse gebeten werden, erhalten unzureichende Gegenleistungen. Über die teilweise abstrusen Folgen des kommunalen Finanzausgleichs und ihre bisweilen abenteuerlichen Ungerechtigkeiten zu rasonieren, ist schon oft genug an anderen Stellen geschehen. Für die Kommunalpolitiker wird es immer schwerer, dem Bürger solche Vorgänge und ihre Konsequenzen zu erklären oder gar Verständnis bei ihm zu wecken.

Wir alle, die in der Kommunalpolitik mehr oder minder lange tätig sind, spüren, wie auch uns allmählich diese Verdrossenheit erfasst, die sich wie ein klebriger Tau über das Land breitet. Letzten Endes, so hat vor kurzem jemand gefragt, wird es sich doch wohl herausstellen müssen, ob die Bürger ohne ihre politischen Repräsentanten und Parteien bzw. diese ohne die Bürger leben können. Der nächste Wahltag kommt bestimmt!

BKB- Bildungsleiterin Waltraut Wellenhofer feierte ihren 70. Geburtstag

„Langeweile ist für sie ein Fremdwort“ schrieb eine große Tageszeitung über Waltraut Wellenhofer, die anlässlich ihres 70. Geburtstages eine Vielzahl von Gästen aus Politik, Sport und Wirtschaft im Foyer der Stadthalle Bobingen (Landkreis Augsburg) begrüßen konnte. Der stellvertretende BKB-Vorsitzende Klaus Förster überbrachte der Jubilarin die Glückwünsche des Bildungswerkes und des FW-Landesverbandes. Allseits gelobt wurde das soziale und menschliche Engagement, das das Geburtstagskind zeitlebens auszeichnet. Natürlich waren eine Vielzahl Freier Wähler wie z.B. der schwäbische FW-Bezirksvorsitzende Josef Rid, der

FW-Ehrenbezirksvorsitzende Emmeran Meyer sowie Vertreter des Kreis- und Ortsverbandes erschienen. Mit der Ehrennadel des Landesverbandes in Gold wurde Waltraut Wellenhofer für ihren unermüdlichen Einsatz

die höchste Auszeichnung des FW-Landesverbandes zuteil. Neben Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, einem ehemaligen Schüler von Frau Wellenhofer, gehörte auch Landrat Dr. Karl Vogeles zu den zahlreichen Gratulan-



ten. Aus der Seele sprach wohl auch der 2. Vorsitzende des TSV Straßberg allen Gästen, als er sagte: „Frau Wellenhofer, wir mögen Sie“. Das kann auch der Vorstand des Bildungswerkes mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstreichen. Wir hoffen, dass Frau Wellenhofer noch lange so engagiert wie bisher im Bildungswerk für Kommunalpolitik mitarbeitet.

Erstes Bürgermeistertreffen der Freien Wähler in Niederbayern

Von Hubert Aiwanger, FW-Bezirksvorsitzender



Auf große Resonanz unter Niederbayerns FW-Mandatsträgern traf das erste Bürgermeistertreffen in Mirskofen.

Eine besondere Veranstaltung konnten die niederbayerischen Freien Wähler im Gasthaus Luginger in Mirskofen (Landkreis Landshut) begeben: Erstmals wurde versucht, Bürgermeister der Freien Wähler aus ganz Niederbayern an einen Tisch zu bekommen, um gemeindeübergreifend auf die aktuellen Probleme der Kommunen und damit der Bürger hinzuweisen und Lösungsansätze anzubieten. Immerhin 25 Bürgermeister aus zahlreichen niederbayerischen Landkreisen, von Kelheim über Landshut, Straubing, Deggendorf bis Regen und Freyung-Grafenau waren der Einladung gefolgt. Eine ebenso große Anzahl von Bürgermeistern hatte Interesse an der Veranstaltung bekundet, konnte aber wegen Terminüberschneidungen nicht teilnehmen.

Es ging schnell zur Sache, denn immerhin warteten zahlreiche Bürgermeister mit Redebeiträgen auf. Fritz Wittmann, Erster Bürgermeister von Essenbach und Bürgermeister-sprecher des Landkreises Landshut, forderte in seinem Eingangsreferat eine „umfassende kommunale Finanzreform“, um die bayerischen Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen. Die kommunalen Investitionen seien aufgrund von Finanzproblemen vom Jahr 2003 auf 2004 um zehn Prozent zurückgegangen, also bayernweit um 300 Millionen Euro. „Wenn die Gemeinden nicht mehr investieren können, fehlen die Aufträge für die heimischen Firmen. Arbeitslosigkeit ist die Folge“, so Wittmann. Zum größten Problem für die Kommunen entwickelten sich aber die

Ausgaben im Sozialbereich, nicht zuletzt durch Hartz IV, und die Umlagererhöhungen. Wegen der hohen Ausgaben im deutschen Sozialwesen bezeichnete es Hubert Aiwanger als „Armutzeugnis, dass wir bei über fünf Millionen Arbeitslosen 800.000 ausländische Saisonarbeiter brauchen und dafür auch noch 48 Prozent des Lohnes z.B. in die polnischen Sozialkassen einzahlen müssen, während unsere eigenen Sozialkassen vor dem Ruin stehen“.

Infrastrukturprogramm Ostbayern gefordert

„Ein Infrastrukturprogramm Ostbayern“ forderte Ludwig Waas, Bürgermeister von Niederwinkling, der für seine Gemeinde den „Bayerischen Qualitätspreis für wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ erhielt. Die Bayerische Staatsregierung fördere heute nur noch „punktuell in Ballungsräumen“, der ländliche Raum werde ausgehungert. Der Staatsstraßenbau befinde sich in einem „verheerenden Zustand“. Die Kürzungen in unserer Region seien „katastrophal“, ob im Krankenhausbereich, bei Kindergärten, im Abwasserbereich oder beim Kfz-Steueraufkommen. Im Schnitt beliefen sich die Kürzungen auf 50 Prozent innerhalb eines Jahres. Im Wahljahr 2002 habe es noch 250 Millionen Euro für den Straßenbau gegeben, jetzt 150 Millionen“. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch das „umstrittene Prestige-projekt Transrapid ins Erdinger Moos“, wo die Staatsregierung für eine 30-Kilometer-

Strecke rund eine halbe Milliarde Euro ausgeben will, „während wir in vielen Gegenden Bayerns teilweise Straßenzustände haben wie in der Ex-DDR“.

Wenn das so weitergehe, werde Niederbayern bald wieder das Armenhaus, das wir vor 40 Jahren waren, so Hubert Aiwanger. Hierauf sagte ein Bürgermeister aus dem Landkreis Freyung-Grafenau: „Dieses Armenhaus sind wir schon heute. Tschechien bekommt massive EU-Fördermittel, wir kriegen nichts. Die Firmen gehen reihenweise Pleite, die Arbeitslosigkeit beträgt 15 Prozent, die jungen Leute wandern ab“. Diese Entwicklung bestätigte auch Heinrich Schmid, 3. Landrat von Regen, in Bezug auf das geplante riesige Einkaufszentrum gleich jenseits der Grenze, welches bis zu 80 Prozent gefördert werde und obendrein noch über Jahre Steuerfreiheit haben werde. Zum Thema Firmenverlagerung stellte FW-Bezirksrat und Rottenburgs Bürgermeister Hans Weinzierl fest, dass innerhalb nur eines Jahres 800 Firmen aus Bayern - sehr viele davon aus Niederbayern und Oberbayern - abgewandert seien, die Hälfte davon nach Österreich“. Um diesem Trend zu begegnen, forderte er unter anderem weniger Vorschriften seitens der Landesplanung, um Betriebsansiedlungen bei uns nicht sinnlos zu erschweren. Er selbst habe in Rottenburg schon „leidvolle Erfahrungen“ mit dem sogenannten „Harmonisierungsgebot“ bei der Gewerbeansiedlung gemacht. Darüber hinaus müsse die Regionalplanung „ersatzlos gestrichen“ wer-

den, da sie nur „den Kommunen sinnlos das Leben schwer macht“.

Zur Schulpolitik forderte Andreas Kellerer, Dritter Bürgermeister von Obersüßbach, den pädagogischen Wert von kleineren Schulen

und Klassen entsprechend zu beachten. Um 500 Lehrerplanstellen einzusparen, würden von der bayerischen Politik derzeit aber kleine Schulen aufgelöst und unübersichtlich große Schuleinheiten geschaffen. „Was kurzfristig an Lehrern eingespart wird, wird erfah-

rungsgemäß langfristig an Sozialpädagogen wieder benötigt, weil die Schüler nicht mehr so individuell betreut werden können“. Josef Popp, 2. Bürgermeister von Furth, regte an, angesichts knapper Finanzmittel bei den Kommunen noch mehr nach privatwirtschaftlichen Aspekten vorzugehen und etwa im Bereich der Bauhöfe noch mehr Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg zu suchen. Die Veranstaltung wurde von allen Beteiligten als sehr gelungen bezeichnet, so dass schon eine Folgeveranstaltung ins Auge gefasst wurde. „Die Freien Wähler werden im Interesse der Bürger die Missstände in der gegenwärtigen Politik ansprechen. Vielleicht gelingt es uns, die derzeitigen politischen Entscheidungsträger zum Handeln zu zwingen“, so Hubert Aiwanger abschließend.

SEMINARKALENDER 1/2005

Termin	Referent	Thema	Veranstaltungsort	
April				
08.4.	Fr	Stallmeister	Doppik	Schwaben
09.4.	Sa	Schneider	Dorferneuerung	Unterfranken Ost
09.4.	Sa	Wamser	Rechte und Pflichten im Gemeinderat	Oberpfalz
09.4.	Sa	Mayer	Medienarbeit in der Kommunalpolitik	Oberbayern West
15.4.	Fr	Stallmeister	Umstellung auf kaufmännische Buchführung	Oberbayern Ost II
16.4.	Sa	Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person	Oberfranken/Plech
16.4.	Sa	Kleiber	Rechnungsprüfung	Schwaben
22.4.	Fr	Stallmeister	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune	Oberpfalz
29.4.	Fr	Stallmeister	Umstellung auf kaufmännische Buchführung	Mittelfranken
29.4.	Fr	Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Kommunen	Schwaben
30.4.	Sa	Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Kommunen	Unterfranken West
Juni				
03.6.	Fr	Taubmann	Straßenausbaubeitragsrecht	Oberpfalz
04.6.	Sa	Wagner	Eingriffsregelung und BauGB	Schwaben
04.6.	Sa	Taubmann	Kommunales Haushaltsrecht	Oberbayern West
10.6.	Fr	Wamser	Rechte und Pflichten im Gemeinderat	Schwaben
18.6.	Sa		BKB Dienstbesprechung	
24.6.	Fr	Stock	Der Verkehrsentwicklungsplan	Oberbayern West
25.6.	Sa	A.Schmitz	Kommunikationstraining	Mittelfranken
Juli				
01.7.	Fr	Peetz	Wirtschaftlichkeitsrechnung, öffentliche Unternehmen	Mittelfranken
02.7.	Sa	Stallmeister	Kommunalmarketing	Unterfranken West
09.7.	Sa	Kleiber	Einnahmequellen – versiegen sie?	Oberbayern West
09.7.	Sa	A.Schmitz	Kommunikationstraining – Gesprächsführung im Gemeinderat und in Ausschüssen	Oberpfalz
15.7.	Fr	Taubmann	Erschließungsbeitragsrecht, Kalkulation von Gebühren	Oberbayern Ost II
22.7.	Fr	Stallmeister	Gemeindeentwicklungsplanung	Oberbayern West

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf unserer Homepage www.bkb-bayern.de. Auch die kleinen, regionalen Seminare mit einer Dauer von etwa 2 Stunden finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.